

DGB-Memorandum zur Berliner Landespolitik

Berliner Gewerkschaften fordern eine aktive Industriepolitik gegen den wirtschaftlichen Abwärtstrend in Berlin und mehr Innovation statt Billiglohn

Nach der Wahlniederlage im Oktober letzten Jahres war man sich in der Berliner Linkspartei.PDS einig: Dialog und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften müssen bedeutend verbessert werden. Mittlerweile hat es einige atmosphärische Verbesserungen gegeben. Nun steht an, sich intensiver mit den politischen Positionen eines unserer wichtigsten Bündnispartner auseinanderzusetzen. Ein wichtiges Positionspapier stellt das DGB-Memorandum zur Berliner Landespolitik dar. In der Broschüre wird eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik des Senats eingefordert. Die Neugründungen von kleineren und mittleren Betrieben konnten nicht annähernd die Arbeitsplatzverluste der letzten Jahre in Berlin ausgleichen. Der rapide Abbau der ehemals stark subventionierten Industriebereiche schlage sehr negativ zu Buche. Nur ein modernes verarbeitendes Gewerbe vor Ort biete eine Chance, Ergebnisse der gut entwickelten Berliner Wissenschaftslandschaft in „marktfähige Produkte“ umzusetzen und neue Beschäftigung zu schaffen. Der DGB fordert eine sozialverträgliche Politik der Bestandspflege des vorhandenen industriellen Potentials und setzt auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Dienstleistung und Industrie.

Internationalismus und Solidarität müssen Alltag werden!

Seit Wochen engagieren sich Mitglieder der Linkspartei in Zusammenarbeit mit Flüchtlingsinitiativen für die Verbesserung der Lebensbedingungen für die BewohnerInnen in der Flüchtlingsunterkunft Motardstraße (siehe April- und Mai-Lupe).

Gegenstand der Auseinandersetzung um die „Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge“ sind die dortigen katastrophalen Lebensbedingungen und die zwangsweise Unterbringung von bereits länger in Berlin lebenden Flüchtlingen in diese Einrichtung. Die in Berlin geltenden Standards (Unterbringung in Wohnungen und Bargeldauszahlung zum Lebensunterhalt) wird für diese Gruppe von Flüchtlingen durch die Bezirksämter außer Kraft gesetzt, um sie zur „Kooperation“ bei der für die Abschiebung nötigen Beschaffung von Reisedokumenten zu nötigen. Dabei stehen auch die von der Linkspartei geführten Bezirksämter und die Sozialsenatorin Knake-Werner in der öffentlichen Kritik.

Am 7. Mai wurden unter Teilnahme von VertreterInnen des Flüchtlingsrates, der „Chipkartenini“ sowie der Linkspartei.PDS Bezirksverbände Marzahn-Hellersdorf, Tempelhof-Schöneberg u. Spandau gemeinsame Schritte zur Veränderung der Situation beraten und über erste bereits vollzogene informiert. Aus den Ausführungen des stellv. Bezirksvorsitzenden der Linkspartei.PDS Marzahn/Hellersdorf Norbert Seichter wurde deutlich, dass die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (Linkspartei) Schritte in die

Die von der Enquetekommission des Abgeordnetenhauses favorisierte Konzentration auf die Wachstumsbranchen Gesundheit und Kultur ist für die Gewerkschaften keine ausreichende Strategie. Die öffentlichen Betriebe seien wichtige Dienstleister für die Bevölkerung und hätten mit ihren Kompetenzen auch eine wichtige strukturpolitische Funktion für die Stadt. Der Kampf um Erhalt öffentlicher Güter und um Fortentwicklung öffentlicher Dienstleistungen habe Priorität. Der DGB kritisiert den in Berlin mittlerweile stark verankerten Niedriglohnbereich, ebenso wie Kombi-Modelle und Ein-Euro-Jobs. Gegen die deutlich nach unten gehende Lohnspirale wird der Kampf um einen gesetzlichen Mindestlohn geführt. Die Gewerkschaften erwarten vom Rot-Roten Senat eine politische Kultur der Beteiligung und Mitgestaltung seitens der Betroffenen und deren Interessenvertretungen. Lasst uns diese Erwartungen nicht enttäuschen.

Carsten Schulz

Die Broschüre ist beim DGB Berlin-Brandenburg, Keithstr. 1-3, 10787 Berlin erhältlich.

notwendige Richtung eingeleitet hat. Dieser Bezirk werde ab sofort keine Flüchtlinge mehr in das Wohnheim schicken, so sagte er. Auch für die 56 vom Bezirk dorthin abgeschobenen Bewohner gäbe es jetzt eine Einzelfallprüfung, ob sie in eine Wohnung ziehen dürften. Auf der Zusammenkunft wurde zugleich darüber diskutiert, dass sich die Linkspartei.PDS nunmehr in Pankow und Mitte gegen das Sachleistungsprinzip stark machen müsse. In beiden Bezirken stellt nicht unsere Partei die Sozialstadträte, aber die Einweisungszahl in die Motardstraße ist ebenfalls hoch. In Treptow-Köpenick (17 Betroffene) gibt es eine Linkspartei-Sozialstadträtin. Auch hier muss der Druck aus der eigenen Partei wachsen. Und noch etwas: In der TAZ vom 09.05.2007 wird in großer „Bescheidenheit“ darauf verwiesen, eine TAZ-Veröffentlichung vom 18. April sei der faktische Auslöser der richtigen Schritte Dagmar Pohles gewesen. Es kann schon sein, dass auch dieser Artikel eine Rolle spielte. Die Aktivitäten der Linkspartei begannen bereits Wochen zuvor. Es dürfte nicht übertrieben sein, dass es ausschlaggebend war, dass Genossinnen und Genossen innerhalb der Linkspartei sich – gemeinsam mit Bündnispartnern – in praktischer Solidarität übten. Internationalismus beginnt im Alltag und vor der eigenen Haustür.

Ellen Brombacher u. Carsten Schulz

Beiträge zur Geschichtsdebatte: zwei Biographien

Die Debatte um die eigene Geschichte verläuft in der „Linken“ sehr kontrovers.

Zu Dienstag, dem 05. Juni um 19.00 Uhr, haben wir zwei interessante Zeitzeugen in die „Rote Insel“ eingeladen:

Prof. Ronald Löttsch, Jg. 1931, langjähriges Mitglied der SED und PDS, Sprachwissenschaftler, Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR, Lehrstuhlhabender u. Institutsdirektor, wurde 1958 wegen angeblicher „Beihilfe zum Staatsverrat“ zu drei Jahren „Freiheitsentzug“ verurteilt.

Sein „Vergehen“: Er forderte mit anderen SED Mitgliedern, u.a. mit dem Schriftsteller Erich Loest, offen die Ablösung von Walter Ulbricht. Prof. Löttsch wandte sich im „ND“ v. 20.05.06 gegen die gegenwärtige „Anti-Stasi-Hysterie“ und gegen das Schlagwort von der „zweiten deutschen Diktatur“. Er beschreibt seine differenzierten Erfahrungen mit Repräsentanten der DDR-Behörden und seine Erlebnisse mit Mithäftlingen, die als tatsächliche West-Spione in Bautzen einsaßen. Einige von ihnen machten „kein Hehl daraus, dass sie die Hoffnung nicht aufgeben, dass eines Tages die Bundeswehr die Zellentüren aufschließt und sie sich endlich für alles ihnen von den „Roten“ Angetane rächen können. Handelt es sich bei die-

sen Menschen auch um Opfer?“, fragt Prof. Ronald Löttsch.

Zweiter Gesprächspartner ist Dr. André Reder, Jg.36, in der SU geboren und vom Vater Gabor Lewin, der im Rahmen der stalinischen Repressionen verhaftet wurde, getrennt aufgewachsen. Er lebte mit seiner Mutter in einem Baumwoll-Sowchos; 1948 Rückkehr beider in die damalige SBZ. Erst mit neunzehn lernte er den Vater kennen. Studium am Institut f. Intern. Beziehungen in Moskau, Eintritt in den diplomatischen Dienst der DDR, später Mitarbeiter im ZK der SED und nach der Wende als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Entwicklungspolitik der Bundestagsfraktion „Die Linke“ tätig. Dr. Reder hat sich in mehreren Beiträgen gegen die Inschrift „Den Opfern des Stalinismus“ des neuen Gedenksteinens in der „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Friedrichsfelde gewandt. Er tritt in diesem Zusammenhang gegen die Verwendung des antikommunistischen Kampfbegriffs „Stalinismus“ ein und kämpft für eine „würdige, längst überfällige Ehrung von Frauen und Männern aus der Arbeiterbewegung, die Opfer stalinistischer Repressionen wurden“.

Carsten Schulz

Telekom-Streik unterstützen!

Die Telekom-Niederlassung in der Schöneberger Hauptstraße (neben der Post) ist in den Streik einbezogen. Hier eine Grußadresse der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS vom 23.05. beim Marsch von Streikenden zum Roten Rathaus:

„Wir überbringen Euch die herzlichen und solidarischen Grüße der Mitglieder und Freunde unserer AG Betrieb & Gewerkschaft innerhalb der Linkspartei.PDS. Als aktive GewerkschafterInnen verfolgen und unterstützen wir aktiv Euren Kampf gegen Lohndrückerei und Arbeitszeitverlängerung.

Die Verteidigung des Tarifvertrages von mehr als 50.000 Beschäftigten bei der Telekom ist in Zeiten einer Verschärfung des rui-nösen Wettbewerbs in der Telekommunikationsbranche von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Löhne und Arbeitszeiten. Sollten sich die Konzernherren mit Ihrer geplante Strategie durchsetzen, so wäre dies sicher erst der Auftakt für weitere „Kostensenkungsprogramme“ bei der Deutschen Telekom...

Es ist gerade in Eurer Branche, in welcher teilweise Löhne unterhalb der Armutsgrenze gezahlt werden, immens wichtig, dass die Löhne in den Konkurrenzunternehmen angehoben werden...

Die soziale Verantwortung der Bundesregierung für Euch, die Beschäftigten bei der Telekom, und Eure Familien wird durch diese nicht übernommen, sondern stattdessen Kurs auf einen maximalen Gewinn abwerfenden Verkauf der Anteile des Bundes genommen. Hilfe von „oben“ gibt es nicht, da müssen wir uns schon selbst helfen.

Die Kolleginnen und Kollegen, die in unserer Arbeitsgemeinschaft mitarbeiten, haben sich in den vergangenen Monaten zusammen mit GewerkschafterInnen von ver.di und NGG aktiv für einen gesetzlichen Mindestlohn eingesetzt. Dieser steht in engem Zusammenhang mit dem Kampf gegen Lohndumping und die weitere Arbeitszeitverlängerung, wie Ihr ihn gerade führt. (...)